

ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT

© 2015 Friedrich Veitl, Metropol-Verlag
Ansbacher Straße 70, D-10777 Berlin, Telefon (0 30) 23 00 46 23, Fax (0 30) 2 65 05 18
Internet: <http://www.metropol-verlag.de>
e-mail: veitl@metropol-verlag.de

Redaktion:

Friedrich Veitl (verantwortlich), Detlev Kraack
und Angelika Königseder
Ernst-Reuter-Platz 7, D-10587 Berlin
Telefon (0 30) 31 42 54 89
e-mail: zfg@metropol-verlag.de
Internet: <http://www.metropol-verlag.de>

Bestellungen bitte an den Verlag. Vertrieb und Anzeigenannahme: Metropol-Verlag Berlin.
Manuskripte nach Vorabsprache an die Redaktion senden (angenommene Manuskripte per
e-mail an veitl@metropol-verlag.de schicken). Für unverlangt eingegangene Manuskripte kann
keine Haftung übernommen werden.

Die ZfG veröffentlicht keine Zweitdrucke bereits erschienener Aufsätze sowie keine auch
andernorts zur Veröffentlichung angebotenen Beiträge. Die Auswahl der Bücher zur Rezension
behält sich die Redaktion vor.

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint monatlich.
Einzelheftpreis 13,- € (zuzügl. Versandkosten und Porto);
Jahresbezugspreis Inland 129,- € (einschl. Versand und Porto);
Ausland 129,- € (zuzügl. 18,- € Versand und Porto);
Studentenvorzugsabonnement: 96,75 €; alle Preise einschl. Mehrwertsteuer.

Der Abonnent kann seine Bestellung innerhalb von sieben Tagen schriftlich beim Verlag
widerrufen. Zur Fristwahrung genügt das Datum des Poststempels. Das Abonnement verlängert
sich zu den jeweils geltenden Bedingungen um ein Jahr, wenn es nicht zwei Monate vor Jahres-
ende schriftlich gekündigt wird.

Druck: SPrint Consult, Berlin

Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* erscheint monatlich im Metropol-Verlag. Sie ist ein
Fachorgan für Historiker, Geschichtslehrer, Archivare, Studierende und Interessenten an
Geschichte und verwandten Disziplinen wie Völkerkunde, Politische Wissenschaft, Altertums-
wissenschaften, Kunstgeschichte u. a.

Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* veröffentlicht Beiträge zu zentralen Problemen der
deutschen Geschichte, der europäischen und Universalgeschichte sowie zu Fragen der Ge-
schichtswissenschaft und Geschichtsschreibung.

Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* hat einen umfangreichen Rezensionsteil. In jedem Heft
werden bis zu 40 Neuerscheinungen besprochen.

INHALT

ARTIKEL

- HEIKE BUNGERT: Migration und Internationale Beziehungen
im Kaiserreich
*Wilhelm II., das Auswärtige Amt und ihr Interesse
an den Deutschamerikanern* 413

- CHRISTINA MORINA: Reinhart Koselleck und das Überleben in Trauer
nach den Umbrüchen von 1945 und 1989 435

DOKUMENTATION

- JOHANNES KOLL: Wider den Antisemitismus an Österreichs Hochschulen
Eine vergessene Denkschrift aus dem Jahr 1930 451

REZENSIONEN

Allgemeines

- LARRY NEAL/JEFFREY G. WILLIAMSON (Hrsg.): *The Cambridge History
of Capitalism*. Vol. 1: *The Rise of Capitalism: From Ancient Origins to 1848*.
Vol. 2: *The Spread of Capitalism: From 1848 to the Present*. Cambridge 2014
(André Steiner) 475

- JAN-WERNER MÜLLER: *Das demokratische Zeitalter. Eine politische
Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*. Berlin 2013
(Ulrich Arnswald) 477

- CHRISTIAN GUDEHUS/MICHAELA CHRIST (Hrsg.): *Gewalt*.
Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart/Weimar 2013
(Kai Sammet) 478

rigkeit, den richtigen Mix der benötigten Elemente und Institutionen zu finden.

Im Unterschied zu früheren Vorstellungen sieht Neal den entscheidenden Faktor für die Entstehung des modernen Kapitalismus im Umgang der Gesellschaften und ihrer Wirtschaft mit exogenen Herausforderungen wie Kriegen, Seuchen und anderen Bedrohungen. Vor allem daran scheiterten frühe Versuche kapitalistischer Wirtschaften. Das ausschlaggebende Instrument, um solche Herausforderungen marktorientiert, d. h. kapitalistisch zu bewältigen, war ein Finanzmarkt, auf dem Staatsanleihen schnell bei Investoren untergebracht werden konnten, um so die Ressourcen zu mobilisieren und die äußeren Bedrohungen abzuwehren. Die erforderlichen Märkte für Arbeit, Kapital, Güter und Leistungen wurden so weiterentwickelt. Das unterstreicht die – bereits von Marx herausgearbeitete – entscheidende Bedeutung von Staatsschulden, die durch Steuern getilgt wurden, für die Herausbildung des Kapitalismus. Insofern zieht sich durch die Beiträge des ersten Bandes auch die Frage, wie die Institutionen des Kapitalismus in den „vormodernen“ Formen auf äußere Bedrohungen reagierten.

Die fünfzehn Beiträge des zweiten Bandes befassen sich mit der wechselseitigen Bedingtheit von Kapitalismus und modernem Wirtschaftswachstum aus verschiedenen Blickwinkeln. Im Unterschied zum ersten Band sind sie nicht primär regional oder epochal fokussiert, sondern auf einzelne Strukturelemente in einer globalen Perspektive bezogen. Den historisch-prozessualen Rahmen dafür gibt die Einleitung von *Kevin O'Rourke* und *Jeffrey Williamson* vor, die die einzelnen Perioden des globalen Kapitalismus seit Mitte des 19. Jahrhunderts skizzieren. Anschließend werden in den Beiträgen u. a. die Entwicklung des industriellen Fabrik-systems, der Landwirtschaft, der Technologie, des Rechts, der Unternehmen(sformen), der internationalen Kapitalmärkte und der

Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit dem Kapitalismus beleuchtet. Darüber hinaus wird er in Beziehung zu den Kolonien, zum Krieg und zur Wohlfahrtsentwicklung gesetzt. Nicht zuletzt befassen sich eigene Abschnitte mit den politischen Reaktionen auf den Kapitalismus – seinen Befürwortern, Gegnern und Reformern – sowie seiner Zukunft. Letztere hängt nach Meinung der Herausgeber zum einen weiter davon ab, wie es den Staaten gelingt, Reaktionen auf äußere Bedrohungen zu finanzieren. Zum anderen sei es entscheidend, inwieweit die Anreize für die Unternehmen beibehalten werden können, um neue Produkte zu schaffen und die Produktivität zu steigern, was bisher einen höheren Lebensstandard und breite Zustimmung zu diesem System gesichert habe. Gleichwohl legen die Herausgeber gute Gründe dafür dar, dass das Wachstum im 21. Jahrhundert zurückgehen wird. Daher stelle sich die Frage nach Alternativen oder nach einer Anpassung des Systems, die auch bei sinkenden Wachstumsraten die Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen sichern könnten.

Alles in allem vermitteln die Beiträge in den beiden Bänden einen breiten Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand. Insofern eignen sich die einzelnen Studien als Einstieg in die jeweiligen Problemfelder. Jedoch gehen viele der Artikel darüber weit hinaus, indem sie ebenso neue Fragen, Ergebnisse und Thesen präsentieren sowie Anregungen für weitere Forschungen vermitteln. Abgesehen von bei solchen Projekten kaum zu vermeidenden kleineren Ungenauigkeiten hätte man sich auch noch eine Reihe weiterer Themen vorstellen können, die es wert gewesen wären, ausführlicher gewürdigt zu werden. Aber das kann den Wert der vorliegenden Bände nicht mindern, die auch als eine Weltwirtschaftsgeschichte unter dem Blickwinkel des Kapitalismus und damit aus „westlicher“ Sicht gelesen werden können.

André Steiner

JAN-WERNER MÜLLER: *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*. Aus dem Amerikanischen von *Michael Adrian*. Suhrkamp Verlag, Berlin 2013, 509 S.

Die ideengeschichtliche Studie des Princeton-Professors *Jan-Werner Müller* zur europäischen Demokratiewerdung im 20. Jahrhundert konstatiert den Siegeszug dieser Herrschaftsform, wobei sich aufgrund der Entwicklung in Russland und in anderen osteuropäischen Staaten hier bereits ein Fragezeichen setzen lässt. Von einem vergleichbaren Stadium an Demokratie in ganz Europa kann empirisch nicht die Rede sein. Müller sieht zudem einen Triumph der Christdemokratie, die die westeuropäische Nachkriegsordnung dominiert und den Sozialstaat begründet habe – Letzteres von den Nachzüglern im Osten gleichfalls angestrebt und mit historischer Verspätung umgesetzt. Diese Sichtweise wird nur insoweit eingeschränkt, als sich die Sozialdemokraten in Skandinavien und phasenweise in Großbritannien behauptet hätten.

Wenn man Müller folgt, war das vergangene Jahrhundert eine Epoche der Experimente, die zwangsläufig in Richtung Demokratie führen mussten, da von Mussolinis Faschisten über die Nationalsozialisten, von den Kommunisten zu den klerikalen Regimen von Franco und Salazar alle sich – trotz ihrer antidemokratischen Ideen – als zutiefst demokratisch betrachteten. Hier beginnt das grundlegende Problem des Buches, denn dass sich diverse totalitäre Ideologien in Bezug zur Demokratie gesetzt haben, bedeutet nicht, wie Müller glauben machen will, dass sich diese in einem Streit um das wahre Wesen der Demokratie befanden (S. 13). Es ist offenkundig, dass die totalitären Regime den demokratischen Anforderungen zur Repräsentation des Volkswillens durch freie Wahlen bzw. Volksabstimmungen nicht nachkamen. Sich auf das Volk zu berufen, macht totalitäre Regime keineswegs demokratisch. Lippenbekenntnisse sind mit den

Zielen von Ideologien nicht gleichzusetzen, zumal Demokratie als „Herrschaft aller freien Bürger“¹ verstanden wird, die mit Unfreiheit nicht einhergeht.

Wie Müller argumentieren kann, dass im Kommunismus und Faschismus ein Versprechen zur Verwirklichung demokratischer Werte wie Gleichheit und Teilhabe innerhalb der politischen Gemeinschaft existierte, wenn faktisch das Gegenteil praktiziert wurde, ist dem Rezensenten ein Rätsel. Einem Politikwissenschaftler sollte auffallen, dass weder Kommunisten noch Faschisten Gleichheit für alle garantierten. Außerdem liegt es im Begriff des Totalitären, absolute und unkontrollierbare Macht auszuüben und sich nicht legitimieren zu müssen. Insofern ist es befremdlich, wenn Müller anti- wie demokratische Bewegungen aufgrund der Verwendung des gleichen Begriffes in eine sich fortschreitende Geschichtslinie miteinander setzt.

Ein typischer Gedankenfehler des Autors ist in diesem Zusammenhang z. B., die Rhetorik und Selbstbezeichnung der osteuropäischen sozialistischen „Volksdemokratien“ (S. 13, 265–288) als Evidenz für das Sich-Durchsetzen des Demokratiebegriffes zu verstehen. Jede Nebelkerze wird treuherzig als Beleg für demokratische Ideale aufgefasst. Ein weiterer Fehlschluss ist die These vom Triumph der Christdemokratie, die impliziert, dass es im Nachkriegseuropa nie eine Blütezeit der Sozialdemokratie gegeben habe. Eine epocheprägende Gestalt wie der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt, der ausgerechnet die Losung „Mehr Demokratie wagen“ ausgab, findet keine Erwähnung. Die Bedeutung der Sozialdemokratie, die als erste Partei Demokratie im Namen führte, wird sowohl für die Demokratiewerdung Westeuropas als auch für die Entwicklung der heutigen Europäischen Union ignoriert.

1 Vgl. Stichwort „Demokratie“, in: Anton Hügli/Poul Lübcke (Hrsg.), *Philosophielexikon*, Reinbek 1991.

Der „katholisierende“ Autor sieht – geschichtlich unhaltbar – katholische Christdemokraten als die Erfinder des europäischen Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit an (S. 224, 250): Ein Blick auf das Großbritannien des liberalen William Henry Beveridge, der Sozialisten Sidney und Beatrice Webb sowie des Premierministers Clement Attlee, alles keine katholischen Christdemokraten, auf die Niederlande des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Willem Drees (1946–1958) oder auf das Deutschland des Wirtschaftswunders unter dem zwar christdemokratischen, aber protestantischen Ludwig Erhard belegen dies. Weiterhin versteigt sich Müller in unsinnige Bemerkungen wie z. B. die, dass die glaubwürdige Vertretung marktwirtschaftlicher und sozialer Positionen das wesentliche Alleinstellungsmerkmal der Christdemokratie gewesen sei (S. 234–238). Man fragt sich, ob er die Godesberger Beschlüsse der deutschen Sozialdemokratie nicht kennt und ob es kein Zufall ist, dass diese im Buch nicht vorkommen. Gekrönt werden die Fehlleistungen mit der Behauptung, das Nachkriegseuropa wieder aufzubauen, die europäische Einheit zu stiften und mit der Sozialen Marktwirtschaft den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeiterschaft zu überwinden sei nur durch die Christdemokratie gelungen (S. 225). Diese Leistungen waren laut Autor möglich, da der Katholizismus im Gegensatz zum Protestantismus als weltumfassende Kirche antinationalistisch geprägt sei und folglich die Gründung der Europäischen Gemeinschaft nur durch große Katholiken gelingen konnte: Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Robert Schuman.

Die Europäische Kommission weist hingegen u. a. als ihre Gründungsväter aus: Sicco Mansholt, Sozialist, nicht gläubig, aus protestantischer Familie stammend; Altiero Spinelli, Kommunist, nicht gläubig, nicht religiös ge-

prägt; Paul-Henri Spaak, Sozialist, nicht gläubig, nicht religiös geprägt; Walter Hallstein, protestantischer Christdemokrat; Winston Churchill, anglikanischer Konservativer; Wim Beyen, zwar zum Katholizismus konvertierter Konservativer, aber aus einer protestantischen Familie stammend.² Die einfache Mär der großen, alten christdemokratischen Männer, tief verwurzelt im katholischen Glauben, die Müller herbeischreiben will, hat es so nie gegeben.

Selbst wenn die erste Reihe der europäischen Nachkriegspolitik mehr Christdemokraten und Katholiken umfasst haben sollte, würde dies Müllers Schlüsse nicht zulassen, denn der Sozialstaat wäre kaum ohne die Sozialdemokraten entstanden. Abstruserweise reklamiert Müller für die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts die Mitautorschaft an der „Demokratie“ (S. 11 f.), verweigert aber beim Entstehen des Sozialstaats allen zu den Christdemokraten konkurrierenden Parteien die Beteiligungsmeriten. Nur so kann Müller die Christdemokratie zur entscheidenden politischen Triebkraft Nachkriegseuropas ausrufen.

Irritierend ist zumal, dass die Sieger- und Besatzungsmacht USA weder in der Demokratiewerdung noch in der Entwicklung Europas vorkommt. Es lässt sich nicht sagen, ob das Buch historisch mehr richtig als falsch wiedergibt. Der Grad der Information könnte sich mit dem der Fehlinformation die Waage halten. Es überkommt einen das unangenehme Gefühl, dass Müller, der die Wirkmächtigkeit von Ideen betont (S. 12), selbst frei nach dem Motto vorgegangen ist, dass Ideengeschichte immer auch Ideenpolitik ist.

Ulrich Arnswald

CHRISTIAN GUDEHUS/MICHAELA CHRIST (Hrsg.): *Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch*. J. B. Metzler Verlag, Stuttgart/Weimar 2013, 420 S.

Es gebe wenig breite Überblicke zum Thema Gewalt, bemerken Christian Gudehus und

Michaela Christ; daher soll dieser Band einen „möglichst breiten Zugang zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit Gewalt“ präsentieren (S. VII). Das Vorhaben ist gelungen. Das Niveau der 56 Beiträge ist durchweg hoch.

Der erste Abschnitt sondiert das (Begriffs-)Feld, der zweite behandelt „Rahmungen von Gewalt“, damit sind Erziehung, Klimawandel, Krieg, Nationalismus, Polizei, Rassismus/Antisemitismus, Religion, Gewalt an Tieren, Sexualität, der soziale Nahraum gemeint. Dort notiert Maike Böcker u. a., dass die Erforschung des Zusammenhangs von Klimawandel und Gewalt noch „am Anfang“ stehe (S. 31). Harald Welzer bemerkt, dass die (für europäische Augen) „geregelten Kriege“ immer die Ausnahme waren (S. 34). Religion und Gewalt sind oft verschwistert. Hans G. Kippenberger zeigt aber auch, dass zum Beispiel Massenselbstmorde von Sekten nicht einfach durch Fanatismus verursacht seien. Man müsse die Konfliktdynamik zwischen religiöser Gemeinschaft und staatlichem Eingriff berücksichtigen, Sekten folgten oft ihren inhärent apokalyptischen „Drehbüchern“ (S. 68 f.). Überaus instruktiv ist der Beitrag von Sonja Buschka, Julia Gutjahr und Marcel Sebastian: Während private Gewalt an Tieren („Tierquälerei“) verpönt ist, muss sich die Nutzung von Tieren kaum legitimieren. In Gaby Zipfels Beitrag zur Sexualität geht es nicht um Vergewaltigung (dazu gibt es einen eigenen Beitrag), sondern u. a. darum, ob Sexualität nicht stets von „Feindseligkeit“ (S. 84) gefärbt sei. Empirische Forschung über Gewalt im Nahraum korrigiert simple Vorurteile, wie Manuela Brandstetter darlegt: So schlagen in Beziehungen Männer heftiger, aber kaum häufiger als Frauen, besonders bedroht sind (pflegebedürftige) Ältere.

Im Abschnitt „Praktiken der Gewalt“ erfährt man zum Thema Amok (*Britta Bannenberg*), dass über erwachsene Amoktäter wenig bekannt sei. Seit der Antike gab es ca. 2000 Attentate, verstanden als Gewalt gegen hochgestellte Persönlichkeiten. *Sven Felix Keller-*

hoff stellt u. a. eine Typologie vor: psychisch gestörte Einzeltäter sind am häufigsten, daneben gibt es Idealisten, religiöse Fanatiker, Terroristen, angeheuerte Mörder, „Vollstrecker von Verschwörungen“ (S. 108 f.). Folter, berichtet Reinhard Görling, gab es immer. Im 20. Jahrhundert wird sie aber zur bloßen Destruktion angewandt und führt beim Opfer zu annihlierender „Dekulturalisierung“ (S. 125). Interessant sind beim Mobbing die Hauptakteure: Es werde „initiiert, weil sozialkognitiv befähigte Schüler eine früh sozialisierte [...], aggressive Strategie zum Dominanzerwerb erproben“, so Mechthild Schäfer (S. 136). (Leichte) Ohrfeigen als Erziehungsmittel, zeigt Winfried Speitkamp, gelten noch heute oft als „zulässig“ (S. 149). Pogromen ist eine komplexe Dynamik (*Stefan Wiese*) zu eigen, sie sind keine irrational-plötzlichen Eruptionen. Täter müssen zu einem homogenen Kollektiv verschmelzen, zugleich „ihre“ Opfer als Kollektiv sehen, Zuschauer als Verstärker können zentral sein. Eine Schlägerei hingegen entsteht situationsbedingt, die Beteiligten überwinden im „Gewalttunnel“ (S. 161) Angst und Schmerz, so Michael Sturm. Besonders perfide sind Vergewaltigungen, seien es individuelle oder in Kriegen, wo sie „regelmäßig“ „eingesetzt“ werden, so Regina Mühlhäuser. Ebenfalls grausam ist das von lateinamerikanischen Diktaturen bekannte Verschwindenlassen (*Estela Schindel/Rosario Figari Layús*), das durch die Ungewissheit Angehörige in einen „anhaltende[n] Krisenzustand“ (S. 173) versetzt.

Die neuere Forschung zeigt, so Alf Lüdtke im ersten Artikel des Abschnitts „Merkmale, Prävention und Folgen“ der Gewalt, dass bei den Akteuren nicht immer fein säuberlich zwischen Täter, Opfer und *bystander* getrennt werden kann. Zentral ist oft, dies beschreibt Michaela Christ, wie in einer Gesellschaft Gewalt „diskursiv geformt“ (S. 195), codiert wird, welche Gewalt(en) z. B. als legitim oder illegitim gelten. Welche Emotionen (*Christian von Scheve/Sonja Fückler*)

² Europäische Kommission (Hrsg.), *Die Gründungsväter der EU*, Luxemburg 2013.